

Christliche Friedenskonferenz, Stellungnahme zum "Arbeitsdokument (Erster Entwurf)" für die Europäische Ökumenische Versammlung, Antananarivo, Madagaskar, 1988

Einleitung: Risse im gesellschaftlichen Bewußtsein

Auf der Basis einer kontinuierlichen Verbesserung der materiellen und sozialen Versorgung und des Gefühls politischer Sicherheit, spätestens seit Ende der 50er Jahre, haben die Grundlagen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems der Bundesrepublik Deutschland in der Bevölkerung durchaus Zustimmung gefunden.

Gleichzeitig verband und verbindet sich mit den als positiv erlebten Entwicklungen die Erwartung, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung eine Verstetigung dieses Trends und eine weitere Entschärfung sozialer Konflikte bewirken könnte. Vorstellungen eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums waren und sind prägend sowohl für das Bewußtsein der Bevölkerung als auch für die politische Debatte.

Diese optimistische Einschätzung des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses hat Risse bekommen. Die Krisenerfahrungen der 70er Jahre haben dazu geführt, daß die Grenzen eines kontinuierlichen Wachstums und auch die negativen Auswirkungen des Fortschritts verstärkt in den Blick gerieten. Stichworte wie „Akzeptanzkrise des Fortschritts“ und „Verlust des Vertrauens in die Lösbarkeit der globalen Probleme“ kennzeichnen diese Brüche im gesellschaftlichen Bewußtsein. Hier setzen auch die großen Bewegungen der letzten Jahre wie z.B. die Anti-Atomkraft-Bewegung oder die Friedensbewegung an; auch der Imageverlust der Parteien und der sie vertretenden PolitikerInnen ist ein Ausdruck dieser Entwicklung.

1. Analyseteil

Problemfelder

Die positive Bilanz der Vergangenheit ist nicht die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit. In einer kritischen Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen erkennen wir Verstöße gegen die Gerechtigkeit, reale Gefährdungen des Friedens und zunehmende Zerstörungen der Umwelt.

Ungerechtigkeit

Die Symptome der weltweiten Ungerechtigkeit sollen an zwei Beispielen verdeutlicht werden, die Schwerpunkte verbandlicher Arbeit darstellen: Erwerbsarbeitslosigkeit und Südafrika.

Erwerbsarbeitslosigkeit

In den letzten zehn Jahren ist in allen westlichen Industrienationen ein besonderer sozialer Mißstand die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit. In den westeuropäischen Staaten liegt die Zahl der Arbeitslosen bei ca. 20 Millionen Menschen.

In der Bundesrepublik sind seit 1983 ca. 2,25 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, wobei unter Hinzurechnung der sogenannten stillen Reserve (vor allem Frauen) von rund 3,5 Millionen erwerbslosen Menschen ausgegangen werden muß. Besonders besorgniserregend ist die zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit; so waren 1988 etwa 32,6 Prozent der Betroffenen länger als ein Jahr ohne Arbeit. Hiermit verbunden ist, daß schon rund die Hälfte der Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch -hilfe bekommen, wobei auch hier der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch ist. Ein gutes Fünftel der Arbeitslosen ist jünger als 25 Jahre.

Im gnadenlosen Wettbewerb um Arbeitsplätze gehören Mädchen und Frauen zu den schwächsten Gliedern. Sie werden vom Arbeitsmarkt verdrängt und haben bei der Ausbildungs- und Arbeitssuche das Nachsehen. Sie werden abgedrängt in den häuslichen Bereich, in schlecht bezahlte und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Wieder einmal sind Frauen Manövriermasse in der „Bewältigung“ gesellschaftlicher Krisen.

Für die Betroffenen bedeutet die Erwerbsarbeitslosigkeit neben erheblichen materiellen Einbußen auch eine starke psychische Belastung, da die Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen wesentlich über Erwerbsarbeit vermittelt wird. Arbeitslosigkeit produziert existentielle Angst und leistet einer Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft Vorschub.

Aus dem Ursachenbündel für die Massenarbeitslosigkeit seien hier nur drei genannt:

- Arbeitssparende Investitionen führen zu Rationalisierungen und damit zu einem Verlust an Arbeitsplätzen. Die neuen Informationstechnologien setzen eine neue Rationalisierungswelle in Gang, die auch das Dienstleistungsgewerbe erfassen wird.
- Die Internationalisierung der Produktion trägt ebenfalls zur Arbeitslosigkeit bei. Produktionsverlagerungen in „Billig-Lohn-Länder“ führen zu direktem Arbeitsplatzabbau in der Bundesrepublik Deutschland.
- Eine systembedingte Überproduktion (Absatzkrisen) führt zu massenhaftem Abbau von Arbeitsplätzen, z.B. in den Branchen Stahl, Kohle, Werften.

Die Massenarbeitslosigkeit ist Zeichen einer Krise der Arbeitsgesellschaft überhaupt. Andere Krisensymptome, die einhergehen bzw. begünstigt werden durch die anhaltende Arbeitslosigkeit, sind:

- Auflösung von tarifvertraglichen Arbeitsverhältnissen,
- anwachsende Leiharbeit,
- ungeschützte Arbeitsplätze,
- Arbeit auf Abruf (KAPOVAZ),
- geringfügige Beschäftigungsverhältnisse,

- Abbau sozialer Errungenschaften,
- Ausdehnung von Wochendarbeit,
- Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit,
- Aushöhlung des Streikrechtes und anderer Schutzrechte für die Arbeiterschaft.

Südafrika

Die Apartheid ist die ausgeprägteste und systematischste Form eines institutionellen, d.h. eines durch Verfassung und Gesetze sanktionierten Rassismus. Gerechtfertigt wird er mit einer Ideologie der Überlegenheit von Personen europäischer Herkunft über jene afrikanischen oder indischen Ursprungs oder über „Farbige“, und diese Ideologie stützen manche auf eine Fehlinterpretation der Bibel.

Das Regime der Apartheid ist in der Republik Südafrika durch radikale Trennung zwischen Schwarzen, Farbigen, Indern und Weißen gekennzeichnet, wobei lediglich letztere, obwohl zahlenmäßig eine Minderheit, die politische und ökonomische Macht innehaben. Die Ideologie der Apartheid dient so auch dazu, ein System der Ausbeutung, Erniedrigung und Unterdrückung zu installieren.

Unter dem andauernden „Ausnahmestand“ gehen der Staat und die Sicherheitskräfte mit brutaler Gewalt gegen Personen und Organisationen der Opposition vor. Kinder werden ihrer Zukunftschancen beraubt, und auch sie sind nicht von Verfolgung und Folter verschont. Die Entrechtung der schwarzen Frau ist noch einschneidender als die der Männer.

Der Glaube an den einen Gott, Schöpfer und Erlöser des ganzen, nach seinem Bilde und ihm ähnlich geschaffenen Menschengeschlechts, ist die absolute und unentrinnbare Verneinung jeglicher Rassenideologie. Soll der Satz „Apartheid ist Sünde“ keine Phrase bleiben, so ist er in ethisch-politisches Verhalten umzusetzen. Wer nicht schuldig werden will an der Eskalation von Unterdrückung und Auflehnung, muß hier alle zur Verfügung stehenden gewaltfreien (gewiß nicht schmerzlosen) Mittel anwenden.

Die Bundesrepublik ist nach wie vor eine der Hauptstützen des Apartheidregimes. Seit 1988 ist die Bundesrepublik mit einem Geschäftsvolumen von ca. 7,75 Mrd. DM der größte Handelspartner Südafrikas:

- Mehr als 6.000 bundesdeutsche Firmen treiben Handel mit Südafrika.
- Die Bundesrepublik ist der drittgrößte Investor in Südafrika (mehr als 400 Firmen).
- Die Bundesrepublik ist der führende Finanzier (Konsortienführung etc.) Südafrikas.
- Die Bundesrepublik liegt auf Platz 1 der Staaten, die das UNO-Sicherheitsrats-Rüstungs-embargo gegen Südafrika vom 4.11.1977 verletzt haben.

Die südafrikanische Wirtschaft ist durch gezielte Sanktionen des Auslands außerordentlich verwundbar. Die Industrieländer - insbesondere die USA, Japan, Großbritannien und die BRD - haben es in der Hand, durch effektive Sanktionen die

Integration der südafrikanischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft zu Fall zu bringen und damit einen bedeutenden Schritt zur Überwindung der Apartheid zu leisten.

Unfrieden

„Eine Sicherheitspolitik, die auf militärische Abschreckung auf der Basis der Drohung und dem vorbehaltenen Einsatz von Massenvernichtungswaffen beruht, bedroht nicht nur den vermeintlichen Gegner, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland und andere Länder Europas mit der Vernichtung, wie sie auch schon jetzt weitere Folgen hat, die nicht länger akzeptiert werden können.“ („Die Abschreckung überwinden - an einer Zivilisation der Liebe bauen“ - BDKJ-Hauptversammlung 1987) Nachdem sich die beiden Supermächte mit dem Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa erstmalig dem Versuch gestellt haben, die Gewaltspirale der ABC- und konventionellen Massenvernichtungswaffen aufzuhalten, ist es notwendiger denn je, als ChristInnen danach zu fragen, wo weiterhin Ursachen und Entwicklungen im sicherheits- und militärstrategischen Bereich bestehen, die dem Ziel eines Aufbaus einer politischen Friedenssicherung entgegenstehen.

1. Die Verschwendung von technischen und wirtschaftlichen Ressourcen für Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion, die sinnvollen und notwendigen Maßnahmen im sozialen Bereich entzogen werden.

Die militärischen Planungen der NATO lassen nicht erkennen, daß die westlichen Regierungen mit eigenen abrüstungsfördernden Maßnahmen den Prozeß einer weltweiten Ent-Militarisierung und den gleichzeitigen Aufbau einer politischen Friedensordnung unterstützen. Stattdessen wird unter dem Stichwort „Konventionalisierung“ ein Modernisierungsprogramm betrieben, welches nicht eine Um- und Abrüstung militärischer Systeme forciert, sondern das in Ergänzung zur nuklearen Rüstung insbesondere auf die Ausrüstung des Militärs mit sog. „intelligenten Waffen“ abzielt. Hierzu gehört auch die Entwicklung neuer B-Waffen unter Einsatz der Gentechnologie, die in die Abrüstungsgespräche nicht mit einbezogen sind. Angesichts dieser Perspektive muß einer Politik, die technologisch mit Begriffen wie Verringerung der Vorwarnzeit, Steigerung der Zielgenauigkeit, Effektivierung und Integration von Führungs-, Aufklärungs-, Kontroll- und Nachrichtenwesenaufgaben, Erstschlagfähigkeit, Mehrfach-Sprengkopftechnik etc. assoziiert ist, eine ganz unzweideutige Absage erteilt werden. Sie heizt die Aufrüstung an und führt zu neuen politischen und militärischen Risiken.

2. Die Legitimierung des weiteren Fortbestandes von Feindbildern.

Nach dem Abkommen der beiden Supermächte über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa bleibt jedoch weiterhin Kritik an den militärischen Optionen des Westens wie des Ostens. Obwohl sich durch die Veränderungen in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik und das Engagement der Friedensbewegungen in der ganzen Welt neue politische Verständigungsmöglichkeiten für das Verhältnis zwischen den Militärblöcken ergeben haben und eine neue Phase einer wirklichen Entspannungspolitik eingeleitet werden könnte, haben diese neuen politischen Vorzeichen noch keine Auswirkungen auf militärische Planungen im Westen. Die Chance, festgefügte Feindbilder zu überwinden, wird nicht genutzt, im Gegenteil: Die bestehenden Feindbilder dienen

der weiteren Legitimierung verteidigungsstrategischen Denkens und gegenseitiger Kontrolle.

3. Die militärische Verplanung weiter Bevölkerungskreise im Zivilbereich

„Auch die in jüngster Zeit bekannt gewordenen Pläne zur ‚Gesamtverteidigung‘ zeigen deutlich auf, welche innenpolitischen Folgen eine solche Sicherheitspolitik hat. Sie macht weitgehende Sicherheitsmaßnahmen nötig und plant den/die einzelne in unüberschaubarer Weise in militärische Vorbereitungen auf den nächsten Krieg ein.“ (BDKJ-Hauptversammlung 1987).

Beispiele hierfür sind der Straßenbau und die Diskussion um den Einbezug von Frauen in die Bundeswehr; vor allem die Einplanung von Frauen in angeblich zivilen Bereichen (z.B. als Schwesternhelferinnen). Diese Ausbildung umfaßt die Verpflichtung, im Kriegs- und Katastrophenfall zu helfen; dafür bezahlt das Bundesministerium des Innern aus dem Zivilschutz-etat und das Bundesministerium der Verteidigung die Lehrgangskosten. Für Männer gibt es keine staatlich bezahlte Ausbildung in diesen Kursen; sie werden im Kriegsfall anders eingeplant. Die Verwirklichung dieser Pläne stellt einen weiteren Schritt zur Militarisierung unserer Gesellschaft dar.

4. Die zur Aufrechterhaltung dieser Politik notwendige Rüstung tötet schon heute millionenfach Menschen in den Ländern der sog. Dritten Welt - auch ohne Krieg.

Der Rüstungsetat ist dem Wirtschaftskreislauf entzogen, Rüstungsgüter stellen somit „totes Kapital“ dar, mit dem keine Erwirtschaftung möglich ist; immense Summen gehen so einem weltweiten Entwicklungsprozeß verloren. Aufgrund internationaler Schuldenverflechtungen entwickeln sich Entwicklungsländer zu großen Rüstungsexporturen (z.B. Brasilien). Durch die Verlagerung von Ressourcen in die Rüstungsindustrie wird der Aufbau einer eigenen, der Entwicklung des Landes dienenden Produktion verhindert; die Spirale der Armut setzt sich fort. Hinzu kommt, daß durch den Einsatz von Waffen seit dem 2. Weltkrieg mehr Menschen getötet wurden als im Verlauf des 2. Weltkrieges - und dies vor allem in Ländern der sogenannten Dritten Welt.

Zerstörung der Schöpfung

Wir befinden uns weltweit in einer ökologischen Krise. Klimaverschiebungen, Ozonloch, Treibhauseffekt, Gewässerverschmutzung, verpestete Luft, ausgelaugte Böden, gefährliche Altlasten, nicht zu entsorgender Atommüll, Waldsterben, Artenvernichtung, Naturzerstörung ... Tagtäglich dokumentieren Zeitungsmeldungen unseren rücksichtslosen und zerstörerischen Umgang mit der Schöpfung.

Beispiel: Energiewirtschaft

Die jetzige Energiewirtschaft läßt sich wie folgt charakterisieren: Sie ist

umweltzerstörend

Atomkraftwerke und die ungelöste Entsorgung radioaktiver Abfälle bedeuten aufgrund der krebsauslösenden Strahlung eine Gefahr für alles Leben. Nicht-

entgiftete Kohlekraftwerke stoßen große Mengen an Schwefeldioxid und Stickoxiden aus, die z.T. hauptverantwortlich für das Waldsterben, für das Sterben von Gewässern, für Atemwegserkrankungen u.v.a.m. sind. Der enorme Ausstoß an Kohlendioxid kann zu einer globalen Klimakatastrophe führen.

zentralistisch

Die Energieversorgung liegt in der Gewalt weniger Energieversorgungsunternehmen. Bedingt durch die Verflechtung mit Industriegroßkonzernen (Sondertarifabkommen), mit Gemeinden (Konzessionsverträge) und einflußreichen Politikern (Aufsichtsräte) erlangen die Energieversorgungsunternehmen große politische Macht. Der schonende Umgang mit den Energieressourcen sowie Energieeinsparmaßnahmen liegen nicht im Interesse der Energieversorgungsunternehmen, die ausschließlich eine umsatz- und profitorientierte Energiewirtschaft betreiben und durch ihren Einfluß eine entsprechende Energiepolitik bewirken.

demokratiegefährdend

Die Gestaltung des Energieversorgungssystems entzieht sich der demokratischen Willensbildung. Stattdessen wird versucht, ein Energieversorgungssystem aufrechtzuerhalten und durchzusetzen, das weitere Sachzwänge erzeugt und damit eine Umkehr erschwert. So werden z.B. Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen als notwendig erachtet und eingeführt, die zur Aushöhlung demokratischer Grundrechte führen.

ineffektiv

In den meisten Großkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland (über 90 Prozent) wird lediglich ein Drittel der Primärenergie in Endenergie umgewandelt, obwohl Techniken für eine bessere Ausbeute zur Verfügung stehen.

Die Umgestaltung dieser an der Natur Raubbau betreibenden Energiewirtschaft hin zu einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden Energiewirtschaft ist technisch machbar und gesellschaftspolitisch notwendig. Entsprechende Konzepte werden im politischen Bereich diskutiert, scheitern jedoch an einseitig wirtschaftlichen Interessen.

Beispiel: Gentechnologie

Der Mensch ist in den Kernbereich des Lebens eingedrungen. Mit der Gentechnologie sind ihm Methoden an die Hand gegeben, gezielt verändernd in das Erbgut, in das Programm des Lebens einzugreifen. Die gentechnischen Eingriffe zielen darauf ab, Lebewesen nach bestimmten vorgegebenen Vorstellungen und Normen zu perfektionieren, d.h. in der heutigen Zeit, leistungsfähiger und „gesünder“ zu machen und besser an die durch den Menschen maßgeblich beeinflussten Umweltbedingungen anzupassen. Die neuen Techniken ermöglichen, Merkmale und Eigenschaften von Lebewesen hierbei auch über Artgrenzen hinweg, die sich in Jahrtausenden herausgebildet haben, neu miteinander zu kombinieren. Leben als Objekt wird in dieser Technologie weiter auf ein materielles und beherrschbares Prinzip reduziert; es wird zunehmend verdinglicht und damit zu einem vermarktbareren Gut. Schöpfungen von Menschenhand, gentechnisch hergestellte Lebewesen und auch gentechnische Methoden sollen demnächst patentrechtlich geschützt werden. Lebewesen erhalten durch diese Maßnahme verstärkt den Charakter einer Wirtschaftsware. Neben dem Patentrecht wird in diesem Jahr ein Gesetz über die

Freisetzung gentechnisch veränderter Lebewesen verabschiedet. Erste Freisetzungsexperimente haben bereits in zahlreichen Ländern stattgefunden. Es ist nicht abzusehen, welche unmittelbaren und mittelbaren Folgen das Ausbringen „künstlicher“ Lebewesen, die sich unkontrollierbar vermehren, verändern und verbreiten, für die Ökosysteme haben wird. Die Auswirkungen sind nicht vorstellbar. Sie fallen ins zeitlich und räumlich nicht mehr Faßbare. Möglicherweise werden sie unser Leben und unsere Mitwelt jetzt und in Zukunft bedrohen und deren Existenz in Frage stellen. Ohne Aufklärung der Bevölkerung, ohne Alternativen zu dieser risikoreichen Technologie zu entwickeln und ohne umfassende Technologiefolgenabschätzung, die sich auch auf ethische, soziale, internationale und ökologische Aspekte erstrecken muß, wird die Gentechnologie in die Verwertung und auf den Markt gedrängt. Natur soll weiter, mit all den zur Verfügung stehenden Techniken, beherrscht und verwirtschaftet werden. Selbst nach den negativen Erfahrungen mit der Atomtechnologie und der synthetischen Chemie bzw. deren Auswirkungen lassen wirtschaftliche Interessen keine Zeit und auch nicht die Freiheit, den technischen Fortschritt grundsätzlich zu überdenken.

Unfrieden, Ungerechtigkeit und Zerstörung der Schöpfung am Beispiel Ernährung

Essen gehört wie das Atmen zu unseren Grundbedürfnissen. Ohne eine ausreichende und gesunde Ernährung sind wir nicht lebensfähig. Essen beschränkt sich aber nicht allein auf diese biologische Abhängigkeit. Essen bedeutet auch die Teilnahme an einem Gemeinschaftswerk zwischen Mensch und Natur; Nahrung ist die nichtselbstverständliche Gabe der Schöpfung, die der Mensch durch seine Arbeit empfängt. Und wo Menschen sich zusammenfinden, um ihr Essen miteinander zu teilen, ohne zu berechnen, wo sie auch jene einbeziehen, die arm, krank und fremd sind, wo also die Gaben der Natur und der gemeinsamen Arbeit weitergegeben werden, dort wird das Essen zum Ort der Entfaltung menschlichen Lebens und seiner Würde. Dies alles scheint uns fremd geworden zu sein.

Wir leben im Überfluß

Uns, die wir im Überfluß leben, ist das Bewußtsein für unsere Abhängigkeit von Nahrung und der fundamentalen Bedeutung für das Leben des einzelnen sowie jeder Gemeinschaft weitgehend verlorengegangen. Nahrungsaufnahme ist zum Kalorienproblem verkommen und Essen zur individuellen und anonymen Fast-Food-Technik entartet; zwischen gleitenden Arbeitszeiten und allgegenwärtigen Unterhaltungsprogrammen ist die Kultur des gemeinsamen Mahles fast ausgelöscht und damit auch der lebendige Sinn des Menschen für den Wert der Schöpfung, der Gerechtigkeit und des Frieden. Essen wird manchmal gar nur noch als lästige Notwendigkeit empfunden.

Ausbeutung der Natur

Die Produktion der Nahrungsmittel folgt Naturgesetze mißachtend einseitig ökonomischen Zielvorgaben. Dabei werden aufgrund einer falschen Preispolitik auf Kosten der Natur Überschüsse produziert, die z.T. kostenintensiv vernichtet werden. Der Boden als wichtige Grundlage wird rücksichtslos ausgebeutet, Landschaften werden zerstört, der Naturhaushalt anhaltend geschädigt. Hunderte von Tier- und Pflanzenarten wurden durch die Intensivierung der Landwirtschaft ausgerottet,

Oberflächen- und Grundwasser verseucht, Böden ausgelaugt und erodiert; und Nahrungsmittel sind durch den Einsatz der Chemie gar zu einer Gefahr für unsere Gesundheit geworden.

Ausgrenzung der VerbraucherInnen - Entfremdung von unseren Nahrungsmitteln

Die landwirtschaftlichen Produkte erreichen die VerbraucherInnen kaum noch naturbelassen. Zwischen sie und die LandwirtInnen hat sich eine gigantische Verarbeitungsindustrie gedrängt. Ungefähr 80% aller Nahrungsmittel gelangen in verarbeiteter Form, d.h. zum Beispiel in Geschmack und Form verändert und meist mit chemischen, nicht immer für die Gesundheit unbedenklichen Zusätzen versehen, auf den Tisch der VerbraucherInnen. Diese haben, wie letztlich auch die zu Rohstofflieferanten der Industrie degradierten LandwirtInnen, den unmittelbaren Einfluß auf Produktqualität und Produktionsweise verloren. Darüber bestimmt nunmehr die nahrungsmittelverarbeitende Industrie und zunehmend der Nahrungsmittelhandel, in dem multinationale Konzerne eine profitorientierte Vermarktung besorgen.

Immer weniger Gruppen bestimmen über einen immer größer werdenden Bereich in der Bereitstellung von Nahrungsmitteln. Wie in der Verarbeitungsindustrie zeichnen sich auch im Nahrungsmittelhandel dramatische Konzentrationsprozesse ab. Mittlerweile entfallen 70% des Grundumsatzes im Nahrungsmittelhandel auf 0,2% der Unternehmen. Immer weiter voranschreitende, kapitalintensive Chemisierung und Technisierung der Landwirtschaft, fehlleitende Rahmenrichtlinien in der EG-Agrarpolitik beschleunigen auch die Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft. Die Agrikultur mit ihrer Bedeutung für den ländlichen Raum weicht einer Agrarindustrie, die keine sozialen und kulturellen Rücksichten nimmt. Die Abhängigkeit von wenigen, die Nahrungsmittel erzeugen, verarbeiten und vermarkten, wächst.

Der Preis für unser Leben im Überfluß

Ausbeutung und Zerstörung der Mitwelt, Zerstörung der Eigenständigkeit des ländlichen Raumes, Schaffung ungleicher Besitz- und Machtverhältnisse, wachsende Abhängigkeiten von wenigen profitorientierten Unternehmen, ungerechte Marktbedingungen usw. - und das nicht nur bei uns in der sog. Ersten Welt, sondern auch in der sog. Dritten Welt, für die der Wohlstand der Industrieländer oftmals Hunger und Elend bedeutet.

Überfluß hier - Hunger in der sogenannten Dritten Welt

Seit der Kolonialzeit ist in vielen Ländern der sog. Dritten Welt die Selbstversorgung zusammengebrochen. Die Kolonialmächte ließen auf mitunter fruchtbarsten Böden die Luxusgüter für sich anbauen und zerstörten damit grundlegend und nachhaltig die einheimische Landwirtschaft. An diesem Bild hat sich heute kaum etwas geändert. Auf Land, das dringend zur eigenen Nahrungsmittelproduktion benötigt wird, werden in den Ländern der sog. Dritten Welt auch heute noch Luxusgüter für die Erste Welt (Kakao, Kaffee, Tee, Blumen, u.v.a.m.) angebaut. Ölsaaten, Soja und Manjok werden als agrarische Rohstoffe, als Mast- und Tierfutter zur Stillung des überzogenen Fleischkonsums in die Industrieländer exportiert. Der Exportanbau hat häufig Vorrang vor der Grundbedarfslandwirtschaft, da er meist die einzige

Devisenquelle darstellt. Exporterlöse werden vorwiegend für Industriegüter ausgegeben, u.a. für Mittel, die in der seit der grünen Revolution auch in den Ländern der Dritten Welt kapitalintensiven chemisierten und technisierten Landwirtschaft benötigt werden. Darüber hinaus müssen Nahrungsmittel importiert werden! Die Abhängigkeit vom weltweiten Nahrungsmittelhandel, der die Weltpreise häufig zuungunsten der rohstoffexportierenden [im Original: exportierten] Länder festlegt, wächst. Die Entwicklung eigener, verarbeitender Industrie ist von den Industriestaaten und Großkonzernen immer wieder durch verschiedenste Maßnahmen (z.B. Protektion) verhindert worden. Für sie gilt es, Absatzmärkte für ihre eigenen Produkte zu erhalten bzw. zu vergrößern. Wirtschaftliche Interessen „verbieten“ es geradezu, Ländern in der sog. Dritten Welt in ihrer Entwicklung zur Selbstversorgung und Eigenständigkeit zu unterstützen. Besonders deutlich wird dies im Hinblick auf die „Getreide-Politik“ der USA. Sie benutzen ihre Getreideüberschüsse u.a., um die Entwicklungsländer in wirtschaftliche Abhängigkeit zu treiben und politisches Wohlverhalten zu erzwingen. Mit Dumping-Preisen, mit denen die einheimische landwirtschaftliche Produktion nicht mithalten kann und verfällt, erschließen sich die USA neue Absatzmärkte. Nahrungsmittel werden als politisches Machtinstrument mißbraucht.

Hunger wird gemacht

Der Nord-Süd-Konflikt ist durch die steigende Verelendung von Millionen Menschen gekennzeichnet. Ca. 900 Millionen Menschen entbehren der einfachsten Lebensgrundlagen („absolute Armut“), im Jahr sterben etwa 40 Millionen Menschen an Hunger. Die wachsende Auslandsverschuldung der „Dritten Welt“ geht einher mit ständig sinkenden Exporteinnahmen, so daß sich das sog. Nord-Süd-Gefälle ständig vergrößert.

Hunger ist kein technisches Problem. Er begründet sich nicht in der Überbevölkerung und technischen Problemen der Nahrungsmittelerzeugung. Allein die derzeitige Weltgetreideproduktion von jährlich 200 Millionen tausend Tonnen (1985) würde genügen, um (statistisch) alle Menschen ausreichend mit täglich 3000 (Getreide-) Kalorien zu versorgen. Hunger ist ein politisches Problem.

Hunger beruht auf Ungerechtigkeit und unser Überfluß baut hierauf auf.

Ungerechtigkeit gegenüber Völkern, denen das Recht auf Selbstversorgung und Eigenständigkeit durch ungerechte Preise und durch eine ungerechte Land- und Besitzverteilung genommen ist bzw. genommen wird; Ungerechtigkeit gegenüber der Schöpfung, die rücksichtslos geplündert und vermarktet wird. Ungerechtigkeiten gegenüber Wehrlosen, im Welthunger dokumentiert, bedrohen den Frieden.

Hungeraufstände und Hungerkriege werden nicht mit auf das Grundbedürfnis Essen abhebenden Unterdrückungsmechanismen zu verhindern sein - im Gegenteil.

Uns ist bewußt, daß jede monokausale Zuordnung von Ursachen und Wirkungen im Kontext von Hunger und Überfluß in der Einen Welt der Komplexität des Systemzusammenhangs nicht gerecht wird. Die beschriebenen Ursachen sind, für sich genommen, nicht einzige Ursache von Hunger und Armut. In der Regel wirken mehrere externe Einflüsse gleichzeitig; außerdem kommen noch viele Ursachen hinzu, die in den Ländern der sogenannten Dritten Welt selbst begründet sind.

Zur Lösung des Welthungerproblems, zur Sicherung einer gesunden Ernährung für alle Menschen sind grundlegende Korrekturen in der Lebens- und Wirtschaftsweise sowohl in den reichen als auch in den armen Ländern unabdingbar, die den Armen ihre Grundrechte einräumen, ihnen Zugang zu Ressourcen und Beschäftigung verschaffen und ungerechtfertigte Privilegien der Eliten verhindern.

Gemeinsame Ursachen

Die Entwicklungen, die im ersten Kapitel als Ungerechtigkeit, Unfrieden und Zerstörung der Schöpfung beschrieben wurden, werden von uns als Fehlentwicklungen qualifiziert. Entwicklung ist kein losgelöster Begriff im unpolitischen Raum; im Gegenteil: Entwicklung ist ein Begriff, der besetzt ist mit bestimmten Werten und bestimmten Zielen, die es anzustreben gilt. Werte und Ziele sind geleitet von ganz verschiedenen Interessen, diese gilt es herauszufinden und die eigenen daran zu überprüfen.

Das Interesse an der Fortdauer des Status quo

Die Tatsache, daß trotz zunehmender Ungerechtigkeit, einem hohen Maß an nationalem und internationalem Unfrieden und wachsenden Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen kaum Schritte zu grundlegenden Veränderungen dieser Situation ergriffen werden, verweist auf starke Kräfte und Interessen, die an einer Fortdauer des Status quo interessiert sind. Die Zementierung derzeitiger wirtschaftlicher und sozialer Strukturen ist offensichtlich für weite gesellschaftliche Kreise erträglicher als Veränderungen.

Systemstabilisierende Faktoren finden sich in verschiedenen Bereichen:

- So werden in der Politik viele Entscheidungen mit der „Sachgesetzlichkeit der wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ legitimiert. Eindeutig politische Entscheidungen werden der gesellschaftlichen Diskussion und Kontrolle entzogen. Ähnlich dem ökonomischen Bereich werden in der Politik Entscheidungsprozesse zentralisiert. Die „neuen Technologien“ schaffen die Voraussetzungen für den Einsatz neuer Kontrollinstrumente von Verwaltungen der öffentlichen Hand oder der Industrie. Unter Verweis auf die Belange der inneren Sicherheit werden zunehmend Informationen über BürgerInnen gespeichert. Die Datenerhebung der Volkszählung und die Einführung der maschinenlesbaren Personaldokumente ergeben im Zusammenhang mit dem Aufbau komplexer, digitaler Transport- und Speichernetze ein bedrohliches Bild für die Freiheit und informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen.
- In der Sozialpolitik ist unter dem Stichwort „Deregulierung“ eine Diskussion über Grundsätze des Sozialstaates entfacht worden. Mit Parolen wie „weniger Staat - mehr Markt“ und „Abbau des Anspruchsdenkens“ werden tiefe Einschnitte in das soziale Netz legitimiert, die vor allem wirtschaftlich schwache Gruppen treffen. Eine direkte Folge der „Deregulationskampagne“ ist die wachsende Individualisierung sozialer Not. Wo die Familie als sozialer und normativer Lebensraum an Bedeutung verliert und der einzelne wieder selbst für sein Glück verantwortlich ist, schlägt der Abbau sozialstaatlicher Leistungen auf die Lebenslage durch: Armut ist für eine wachsende Minderheit bittere Realität. Eng in Verbindung damit steht eine Ideologisierung des Leistungsprinzips. „Leistung muß sich wieder lohnen“ heißt die kurzgefaßte Formel, mit der Leistung zum einzig gerechten Maßstab für die Verteilung von Einkommen, Bildung, Mitbestimmung usw. erklärt wird.
- In denjenigen Bereichen, in denen das Leistungsprinzip schlecht greift, wird versucht, eine „Sinnstiftung“ durch Idealisierung alter Werte zu erreichen. Dabei werden diese Werte instrumentalisiert. Exemplarisch läßt sich dies an der konservativen Familienpolitik beobachten. Die nicht bezahlte Arbeit der

Hausfrau wird als „Familienarbeit“ rhetorisch aufgewertet. Das erinnert an das bürgerliche Familienideal des 19. Jahrhunderts, das die Gesellschaft in eine öffentliche und eine private Sphäre trennte. Auch heute noch sind alle gesellschaftlich relevanten und ökonomisch bedeutsamen Bereiche fast ausschließlich Männern vorbehalten, Frauen bleiben außen vor.

- Die Idee von der Demokratisierung des öffentlichen Lebens wird zurückgedrängt. Es wird darauf gesetzt, daß die Arbeit in Gremien und Funktionen wirkungslos und ohne Einfluß auf die tatsächlichen Entscheidungen bleibt. Wichtig für den Erfolg dieser Strategien dürfte die Verstärkung des sog. antiinstitutionellen Affekts sein. Dabei werden die Stichworte „Entbürokratisierung“ und „Anonymität von Großinstitutionen“ für die Durchsetzung einer solchen Politik benutzt.
- Darüber hinaus bemüht man sich auch direkt, die Bildung kritischen gesellschaftlichen Bewußtseins zu verhindern und stattdessen wieder einen klaren Blick für die Realitäten, d.h. für die gesellschaftlichen Hierarchien und die eigene Einordnung darin, zu schaffen. Prozesse dieser Art lassen sich vor allem in der Bildungspolitik beobachten.

Diese interessengeleiteten Aktionsmuster haben wesentlich stabilisierende Funktion. Dies meint dabei ein individuelles oder kollektives Verhalten, das in der gegenwärtigen Verfaßtheit der Gesellschaft für sich Vorteile erkennt. Sie ist dabei jedoch jeweils das Ergebnis von sehr unterschiedlichen Motiven verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, ihre Interessen durchzusetzen. Die Entwicklungen in der Bundesrepublik lassen sich also nur als das Ergebnis einer größeren Zahl durchaus widerstreitender Interessen, Wünsche und Vorstellungen verstehen. Selbst dort, wo es so etwas wie eine Strategie zur Gestaltung der Gesellschaft gibt, handelt es sich nicht um eine realisierbare Gesamtstrategie, schon weil niemand über das nötige Maß an Übersicht verfügt, gesellschaftliche Entwicklungen umfassend auf Jahrzehnte abschätzen und planen zu können.

Strukturen von Macht und Herrschaft

Es wurde ein Deutungsmuster gesellschaftlicher Entwicklung dargestellt, das auf die Wirksamkeit gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen zur Durchsetzung eigener Interessen verweist. Oder anders ausgedrückt: Die Angst vor dem Verlust traditionell gewachsener Macht verhindert grundlegende Veränderungen gesellschaftlicher Optionen und führt so zur beschriebenen Stabilisierung des Status quo.

Das gesellschaftliche System der Bundesrepublik ist wesentlich durch den ökonomischen Sektor geprägt. Gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen lassen sich immer wieder als Ergebnis ökonomischer Macht beschreiben. Diese wiederum sind durch die Dominanz patriarchaler Strukturen gestützt.

Ökonomische und patriarchale Strukturen stehen eng miteinander in Verbindung und begünstigen sich gegenseitig. So hat die gesellschaftliche Arbeitsteilung (Aufteilung in Produktions- und Reproduktionsbereich) mit allen offensichtlichen und versteckten Auswirkungen auf die ungerechte Verteilung von Macht und Privilegien eben hierin ihre Ursache (vgl. „Nicht länger ohne uns - Anstiftungen zur Eroberung weiblicher Zukunft“). Deutlich wird dies auch in der Feststellung der UN-Weltkonferenz 1980, in der Mitte des Jahrzehnts der Frau: „Frauen repräsentieren 50 Prozent der

Weltbevölkerung, leisten aber zwei Drittel aller Arbeitsstunden, verdienen ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Prozent des Weltvermögens.“ Frauen haben nur einen ganz geringen Anteil am Weltbesitz. Diese Tatsache hat einen wesentlichen Hintergrund in den patrilinearen Familienstrukturen, die Besitz über die männliche Linie vererben. Das bedeutet, daß Frauen, die in patrilinearen Familienstrukturen leben, selbst kaum ihre abhängige ökonomische Situation verbessern können.

Besitzlosigkeit bedeutet die Festigung und Fortschreibung der Randständigkeit und Machtlosigkeit von Frauen in struktureller Hinsicht. Die genannten Merkmale sowie die schlechteren Zugangsbedingungen von Mädchen und Frauen zum öffentlichen Bereich bedingen wesentlich deren Benachteiligung im öffentlichen Leben, in der Politik, in der Arbeitswelt und in der Kirche. Dem liegt eine Rollenzuschreibung von Mann und Frau zugrunde, die den Frauen den privaten Bereich (wie Kindererziehung, Haus- und Familienarbeit, Beziehungsarbeit) und den Männern den öffentlichen Bereich (wie Beruf, Karriere, Politik) zuschreibt. Beruf, Karriere und wirtschaftliche Absicherung im öffentlichen Bereich werden höher bewertet, bringen einen anderen Status als die Tätigkeiten im privaten, reproduktiven Bereich, der geringer angesehen ist und die Frau in ihrer Rolle hält. Damit verfestigt die Trennung in einen privaten und öffentlichen Bereich die Ungleichheit von Männern und Frauen.

Die Dominanz der ökonomistischen Orientierung

Der Mensch hat in seiner Geschichte die Natur und schließlich sich selbst gänzlich ökonomischen Interessen unterworfen. Zum Ziel jeglichen Handelns wurde die Gewinnmaximierung. Gleichsam Voraussetzung und Folge dieser Handlung ist die Verdinglichung der Natur und des Lebens schlechthin.

Im Laufe der Menschheitsentwicklung entfernte sich die Menschheit immer weiter von der Natur. Der Mensch meinte, sich aus den Zusammenhängen mit der Natur lösen und die Natur zeitweise beherrschen zu können. Die Natur wurde so zum Objekt, das als Rohstofflieferant für die menschliche Entwicklung betrachtet wurde. Die Frau wurde und wird stets in engere Verbindung zu natürlichen Prozessen gebracht und wurde wie die Natur zum Objekt. In vielen Bereichen ist sie ganz offensichtlich zum Objekt geworden, z.B. im Sextourismus, in der Reproduktionstechnologie. Ein in patriarchalen Strukturen, geprägt durch den Menschen, gewalttätiges Verhältnis zwischen Mensch und Natur ist die wichtigste Ursache der Krisensituation, in der wir uns heute weltweit befinden. Der naturverachtende technische Fortschritt hat uns in eine Technokratie geführt, unter der Männer wie Frauen gleichsam leiden. Die dem patriarchalischen Denken erwachsenen Strukturen beherrschen Männer und Frauen gleichermaßen, so daß eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Natur und Mensch, zwischen Männern und Frauen gemeinsam angestrebt werden muß.

2. Der Geist, aus dem wir handeln

Die Menschheit steuert immer weiter in eine kritische Phase, in welcher eine globale Zerstörung der Erde als Lebensraum des Menschen droht. Sind wir diesem Prozeß schicksalhaft ausgeliefert? Wir glauben das nicht. Der Geist, aus dem wir handeln, ist der Geist der Hoffnung, nicht der Resignation. Warum? Wir sehen, daß vor allem drei Grunderfahrungen diese unsere Hoffnungen nähren.

Unsere Hoffnungen

1. Unser Verständnis vom Menschen als verantwortungsbewußter Person.

Wir sehen, daß der Mensch durch ein verantwortungsloses Autonomiestreben die wesentliche Ursache der bestehenden und drohenden Gefahren für die Zukunft der Erde ist. Wenn aber der Mensch die Ursache ist, dann ist dieser Prozeß kein unabwendbares Schicksal.

Denn wir glauben an den Menschen als Person, der durch seine Einsicht, sein Gewissen und sein Verantwortungsbewußtsein den Lauf der Dinge verändern kann (vgl. Bericht der wirtschaftspolitischen Arbeitsgruppe, 2. Ethische Bewertungen):

Viele Menschen erkennen immer deutlicher, daß sie ein Teil der Schöpfung sind und durch ihr rücksichtsloses Verhalten die Natur, die ihre eigene Lebensgrundlage ist, unwiederbringlich schädigen;
sie fühlen mehr und mehr in ihrem Gewissen die Verpflichtung, ihr Handeln und Verhalten zu ändern und auch auf politischer Ebene umzusetzen;
sie werden sich immer deutlicher ihrer Verantwortung bewußt, die ihnen vor der gesamten Schöpfung aufgetragen ist und die sie zu einem geschwisterlichen Umgang herausfordert und verpflichtet.

So erleben wir gerade in der gegenwärtigen Bedrohungssituation (Elend, Gewalt, Naturzerstörung) viele Aufbrüche von einzelnen, Gruppen und Organisationen rund um die Erde, die tatkräftig an der Umkehr vom eingeschlagenen Weg mitwirken. Den konziliaren Prozeß sehen wir als besonders deutliches und ermutigendes Zeichen auf diesem Weg, weil er eine Sammlung und Stärkung dieser Bewegung darstellt. Exemplarisch für die drei Themenkomplexe wollen wir im folgenden unsere Hoffnungen schöpfungstheologisch begründen.

2. Unsere Erfahrung von der Welt als schöpferischer Schöpfung

Wir sehen, daß die Welt weder fertig noch vollkommen ist. Sie ist geprägt von Vorläufigkeit und von Mängeln; sie ist gezeichnet von Wunden, Narben und Krankheiten; sie ist vor allem gekennzeichnet von der Unzulänglichkeit des Menschen, der den Wert und Sinn der Schöpfung und seines eigenen Handelns nicht voll erkennen kann und nicht anerkennen will (Sünde). Aber gerade darin sind auch starke Kräfte der Erneuerung erfahrbar:

Die Welt als unvollkommene Welt entwickelt immer neu jene Kräfte, die sie voranbringen; die Dynamik, die bis heute ihre Prozesse getragen hat, ist nicht am Ende, und was bisher entstanden ist, ist noch nicht alles. Wir sehen eine schöpferische Schöpfung am Werk, die Mängel überwinden und Wunden heilen kann.

Die Menschheit als von Unfreiheit, Unwissenheit und Leid gekennzeichnete Menschheit ist nicht in Depression versunken. Gerade die Erfahrung von Leid und Unrecht mobilisiert oft ungeahnte Kräfte, welche die Menschheit zu mehr Menschlichkeit und Gemeinschaft führen. Auch die Menschheit ist eine schöpferische Menschheit, deren Kräfte zur Überwindung ihrer Sünde nicht erschöpft sind.

Als Menschen, die wir mit all unseren Kräften nach Wegen in die Zukunft suchen, sehen wir uns gestützt und getragen von diesen kreativen Kräften der Erde und der Menschheit.

3. Unser Glaube an Gott als den gegenwärtigen und wirkenden Schöpfer.

Wir sehen, daß das Handeln und Denken des Menschen ohne Orientierung und Maßstäbe in tödlichen Sackgassen endet: Auf der einen Seite ist es die Sackgasse ungebundener Autonomie des Menschen über die Natur. Auf der anderen Seite ist es die Sackgasse einer diffusen Autonomie der Natur über den Menschen. Einer weiterwirkenden Technik-Gläubigkeit steht eine neuentdeckte Natur-Gläubigkeit gegenüber.

Diese oft unversöhnlichen Gegensätze drängen uns, nach einer wirklich zukunftsweisenden Perspektive zu suchen. Diese sehen wir in unserem Glauben an Gott als den Schöpfer.

In diesem Glaubensverständnis betrachten wir weder die Technik noch die Natur (weder den Menschen noch die Umwelt) als autonom: Beide sind füreinander geschaffen und verdanken sich gemeinsam dem Wirken eines Schöpfers.

In diesem Weltverständnis entdecken wir auch die Wertmaßstäbe und Zielvorstellungen für Natur und Technik, die für uns sowohl motivierend als auch bindend sind. Denn wir verstehen den Menschen als PartnerIn und MitarbeiterIn Gottes, dem die Schöpfung anvertraut ist, und wir verstehen die Natur als die Zeichen Gottes für das anbrechende Reich des Friedens.

In diesem Glauben erkennen wir einen Gott, der die Welt „am Anfang“ nicht erschaffen hat, um sie dann sich selbst und ihrem tragischen Schicksal zu überlassen, sondern einen lebendigen, in jedem Prozeß der Welt gegenwärtigen und schöpferischen Gott, der sein Werk nicht aufgegeben hat. In seinem Sohn hat er uns das größte Zeichen seines Wirkens gegeben: Er hat den Tod der Schöpfung besiegt und in der Auferstehung die Rettung und Erneuerung der Schöpfung garantiert.

So wissen wir uns als MitarbeiterIn und PartnerIn eines Gottes, der „seinen Bund trotz aller menschlichen Untreue bis in unsere Zeit“ hält (vgl. „Gottes Gaben - unsere Aufgabe“, Stuttgarter Erklärung 1988, Punkt 1.1 und 4.1). Das ist der Kern all unserer Hoffnungen; das ist der Geist, der unser Handeln beflügelt.

Unsere Umkehr

Nicht nur die Hoffnungen, die uns tragen und motivieren, drängen uns zur Umkehr. Vielleicht noch mehr ist es das große Erschrecken vor der Wirklichkeit. Denn der Weg der Menschheit hat in unseren Tagen jenen kritischen Punkt erreicht, an dem sie endlich und radikal umkehrt oder aber in globaler Selbstzerstörung endet.

Umkehr ist nicht mehr eine Frage moralischer Dringlichkeit, sie ist eine Frage von existentieller Bedeutung: Umkehr ist lebensnotwendig.

Das bedeutet für uns ganz wesentlich eine Umkehr zu unseren christlichen Schwesterkirchen und eine gemeinsame Umkehr zu Jesus Christus, in dem alles erschaffen ist. Als Christen sind wir aufgerufen, uns zu ihm zu bekennen.

Als Bund der Katholischen Jugend reihen wir uns ein in den konziliaren Prozeß durch eigenes Handeln und durch die Teilnahme am ökumenischen Prozeß.

- a. Der konziliare Prozeß ist ein Prozeß der Basis der christlichen Kirchen oder er ist keiner. Zunächst ist daran zu erinnern, daß sich der Aufruf von Vancouver 1983 an alle Ebenen von Kirchen und Gruppen richtete: „Die Kirchen sollten auf allen Ebenen - Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften - zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozeß zu einem Bund zusammenfinden.“ Für den konziliaren Prozeß entscheidend sind die Gruppen, Initiativen und Gemeinden, die sozialen Bewegungen, die sich Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu eigen gemacht haben. Deswegen haben Gruppentreffen wie die Regionalversammlungen - etwa in Dortmund oder Hannover - und andere Stadtversammlungen - das Gemeindetreffen in Basel 1989 oder auch das „Begleitprogramm“ in Stuttgart - vorrangige Bedeutung. Demgegenüber sind Delegiertenversammlungen von sekundärer Bedeutung, nicht im Sinne von „zweitrangig“, sondern im Sinne des „a posteriori“ gegenüber den Basisprozessen: sie können diese sammeln, durchtragen, weitervermitteln und vertreten, nicht aber für andere handeln. Konziliarer Prozeß auf den Ebenen der Delegiertentreffen hätte Reflexion der Praxis zu sein.
- b. Der konziliare Prozeß ist für die katholische Kirche als konsequente Fortsetzung der Pastoralconstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils zu verstehen. Bezugsrahmen für kirchliches Handeln ist die Welt, nicht die Kirche: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi (...) Daher wendet sich das Zweite Vatikanische Konzil nach einer tieferen Klärung des Geheimnisses der Kirche ohne Zaudern nicht mehr bloß an die Kinder der Kirche und an alle, die Christi Namen anrufen, sondern an alle Menschen schlechthin (...) Vor seinen Augen steht also die Welt der Menschen, d.h. die gesamte Menschheitsfamilie mit der Gesamtheit der Wirklichkeiten, in denen sie lebt.“ (Gaudium et spes 1 und 2)
- c. Konziliarer Prozeß ist tätige Reich-Gottes-Erwartung. Horizont des konziliaren Prozesses sind nicht Kirchenträume, nicht die Kirche, sondern die eine Welt, die ein Zuhause für alle Menschen sein soll. Horizont ist das Reich Gottes, das im Tun der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung erwartet wird. Theologisch gesehen ist er nicht so sehr ein ekklesiologisches, sondern vielmehr ein eschatologisches Thema: seine zentrale Thematik ist der Bund Gottes mit seinem Volk, den er in seinem Reich vollenden wird.
- d. Der konziliare Prozeß ist DIE gegenwärtige ökumenische Chance. Erstmals ist nicht die Ökumene selber das Thema, schon gar nicht kontroverstheologische Fragen, sondern wird ökumenische Praxis geübt, die zu ökumenischer Geschwisterlichkeit führt. Voneinander lernen und die dabei gemachten Erfahrungen aufarbeiten - dies darf als zukunftssträchtige Form ökumenischer Praxis gelten.
- e. Konziliarer Prozeß ist soziale und politische Diakonie/Caritas. Die gemeinsame Praxis wird zugunsten derer und mit denen ausgeübt, die sie am nötigsten brauchen. Konziliarer Prozeß ist „Kirche für andere“ (Bonhoeffer).

- f. Der konziliare Prozeß verdient seinen Namen schließlich nur, wenn es ihm gelingt, tatsächlich ein weltweiter Prozeß zu werden. Dazu wird es entscheidend sein, ob der - besonders von den armen Kirchen angemahnte - Primat der Gerechtigkeit in das Bewußtsein der reichen Kirchen, also auch in unser Bewußtsein, dringt. Nicht zufällig steht „Gerechtigkeit“ an erster Stelle!

(Thesen von a bis f von: Dr. Martina Blasberg-Kuhnke)

Als Bund der Deutschen Katholischen Jugend stehen wir nicht in vorderster Linie im konziliaren Prozeß. Mit Hochachtung schauen wir auf das Leben von Dietrich Bonhoeffer, Max-Joseph Metzger und Pater Alfred Delp SJ als prophetisches Zeichen in ihrer Zeit und als uneingelöste Herausforderung für uns. Wir wissen, daß wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, die politischen, erst recht nicht die wirtschaftlichen Kräfte in unserem Land direkt zu beeinflussen. Unter den Jugendlichen gibt es aufbrechende Kräfte und Potentiale. Jugendliche erfahren die Probleme der Zukunft als dringlich und existentiell. Sie reagieren in vielfältigen Formen des Protests und mit Alternativen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe und Chance, diese Bewegungen der Jugend zu sammeln und zu einer gesellschaftlichen Kraft zu formieren. Wir werden dies vor allem in kritischer Distanz zu den Parteien tun und gleichzeitig in vielfältigen Formen politischer Einmischung.

3. Positive Ansätze

Auf der Grundlage der Werte und Überzeugungen, die wir im vorigen Kapitel beschrieben haben, tritt der BDKJ in Kirche und Gesellschaft ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dabei wissen wir, daß diese Ziele von uns niemals vollständig erreicht werden können. Die Vorstellung einer Gesellschaft, in der Macht und Interessen nicht mehr länger darauf ausgerichtet sind, dieses System der Ungerechtigkeit, des Unfriedens und der fortschreitenden Zerstörung der Schöpfung zum eigenen Vorteil aufrechtzuerhalten, bleibt eine Herausforderung. Dabei müssen wir uns der Frage der grundlegenden Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse stellen. Bei der Beantwortung dieser Frage müssen wir neben den vielen hoffnungsvollen Aufbrüchen von einzelnen und Gruppen auch die Erfahrungen des Scheiterns der grundsätzlichen Anliegen derjenigen Gruppen und Bewegungen in unsere Analyse einbeziehen, die sich in der Vergangenheit für eine grundlegende Veränderung politischer Optionen eingesetzt haben (Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung). Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Situation, in der weitreichende Utopien ihre Prägekraft für politisches Handeln eingebüßt haben; der Glaube an die umfassende Regulierbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ist erschüttert; es herrschen kurzfristige und begrenzte Handlungsstrategien vor.

Angesichts der Komplexität und Differenziertheit gesellschaftlicher Problemlagen kann auch der BDKJ weder ein konkretes Idealbild der Gesellschaft der Zukunft noch eine gesellschaftspolitische Gesamtstrategie zur Realisierung unserer Hoffnungen beschreiben. Dennoch müssen neben der Hoffnung, aus der heraus wir handeln, auch Ansatzpunkte für gesellschaftliche Strategien benannt werden, um so Kriterien für eigenes gesellschaftliches und politisches Handeln zu gewinnen. Diese Ansatzpunkte müssen dann in einem konstruktiven Dialog zwischen den Erfahrungen

und Vorstellungen der unterschiedlichen Projekte und Bewegungen und den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen des Verbandes auf anstehende gesellschaftliche Probleme konkretisiert und weiterentwickelt werden, um so zu einem koordinierten, zielgerichteten Handeln zu gelangen.

In dieser Plattform hat der BDKJ das Streben nach dem Erhalt gesellschaftlich gewordener Machtstrukturen als eine wesentliche Ursache für die im ersten Kapitel beschriebenen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen benannt. Ausgehend von dieser Analyse ist der zentrale Zielpunkt unseres Handelns die Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen und Entscheidungsprozesse, d.h. der Ausbau der Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Machtstrukturen, die auf Verstetigung hin angelegt sind, müssen durchbrochen und für Veränderungen geöffnet werden. Nur so kann es gelingen, „Sachzwänge“ in Frage zu stellen und den gesellschaftlichen Diskurs durch ein breites Spektrum alternativer Sichtweisen und Lösungsvorstellungen zu bereichern. Demokratisierung ist dabei nicht nur eine Forderung, die sich auf die politischen Entscheidungsstrukturen bezieht, sondern auch andere Teilbereiche wie z.B. Wirtschaft und Kultur miteinschließt. Gesamtgesellschaftlich betrachtet, müssen sich zentrale und dezentrale Strukturen und Entscheidungsprozesse notwendig ergänzen. Aus der Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe und größtmöglicher Beteiligung der Betroffenen muß festgestellt werden, daß Zentralisierungstendenzen in der Vergangenheit überhandgenommen haben und immer weiter verstärkt werden. Die Strategie der Demokratisierung bedeutet also auch das Eintreten für eine stärkere Dezentralisierung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse bei gleichzeitiger Beibehaltung notwendiger zentraler Regelungen und Abstimmungsprozesse. Das prinzipielle Offenhalten von Reformspielräumen als notwendiges Mittel der Politik ist dabei nur durch formale gesetzliche Regelungen zu sichern; Dezentralisierung setzt also eine entsprechende Gestaltung des ordnungspolitischen Rahmens voraus (Beispiel Energieversorgung). In diesem Zusammenhang muß die Einführung plebiszitärer Elemente auf allen Ebenen des politischen Entscheidungssystems diskutiert werden.

Für einen Jugendverband bedeutet das Eintreten für eine Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse unter kurzfristiger Perspektive, die gebotenen Möglichkeiten zur Partizipation wahrzunehmen. Angesichts des noch ungebrochenen Trends zur Zentralisierung in Wirtschaft und Politik kann nicht - mit Verweis auf die anzustrebende Dezentralisierung - auf die mögliche Mitbestimmung zentraler Strukturen verzichtet werden. Unter Beachtung des legitimatorischen Aspektes des Engagements von Jugendverbänden in dieser Gesellschaft muß jedoch auch jeweils überprüft werden, an welchen Stellen durch planvollen Rückzug Gegensätze zugespitzt werden können und müssen. Demokratisierung lebt auch von der Bewußtmachung und Transparenz gesellschaftlichen Dissenses. Langfristig setzen wir auf eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, die angemessene Möglichkeiten der Verbindung von zentralem und dezentralem politischen Engagement schaffen muß.

Als katholische Jugendverbände fordern wir auch eine Demokratisierung der Strukturen der Kirche. Gerade in den letzten Jahren stellen wir hier eine zunehmende Zentralisierung fest. Eine Kirche, die den konziliaren Prozeß für sich selbst ernst nimmt, die sich selbst ökumenisch versteht und ihr Handeln an den Prinzipien von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung orientiert, muß das Engagement und die Aufbrüche in den Gemeinden, Gruppen und Verbänden

wahrnehmen, für die eigene Weiterentwicklung nutzen und sich entsprechende Forderungen zu eigen machen.

Kurz- und langfristige Perspektive, Perspektive für Gesellschaft und Kirche - Demokratisierung als Forderung und Ziel benennt noch keinen Idealzustand der zukünftigen Gesellschaft. Demokratisierung benennt jedoch eine neue Qualität gesellschaftlicher Prozesse, an der sich auch einzelne Handlungsschritte messen lassen.

4. Handlungsschritte

Das Engagement des BDJ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Der BDJ und seine Mitgliedsverbände haben sich in der Vergangenheit immer wieder auf dem Hintergrund ihrer christlichen Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eingesetzt. Mitgestaltung der Kirche und der Einsatz für eine menschenwürdige Gesellschaft, orientiert am Maßstab der Botschaft Jesu Christi, nennt das BDJ-Grundsatzprogramm als zentrale Ziele katholischer Jugendverbandsarbeit. Dies geschieht in Verbindung von Freizeitgestaltung, Bildung, Aktion und Interessenvertretung auf den verschiedenen Ebenen des Verbandes. So gelingt es z.B., ausgehend von den konkreten Erfahrungen Jugendlicher, Mißstände vor Ort aufzugreifen, sie aber auch innerhalb der Strukturen des Verbandes zu thematisieren und zu bearbeiten.

Gerechtigkeit

Der Einsatz für Arbeitslose bzw. von Arbeitslosigkeit Bedrohte - insbesondere Jugendliche - ist eines der Arbeitsfelder von Christlicher Arbeiterjugend (CAJ), Kolping und Jung-KKV. Die Spannweite des Engagements reicht von der alltäglichen Gruppenarbeit mit entsprechenden thematischen Bezügen bis hin zu persönlichkeitsstabilisierenden und berufsvorbereitenden Maßnahmen und Projekten (z.B. Beratungsangebote, Teestuben, Kurse mit Klassen des Berufsvorbereitungsjahres, Werkstätten mit Beschäftigungscharakter etc.). Im Rahmen des „arbeit für alle e.v.“ wurden insbesondere neue und demokratische Formen von Arbeit in Betrieben und projektorientierten „Selbsthilfegruppen“ initiiert, gefördert und beraten. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen hat der BDJ aber auch noch einmal ausdrücklich den Vorrang genereller wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen zum Abbau der bisher eingetretenen und zur Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Erwerbsarbeitslosigkeit gefordert. Der Abbau internationaler Ungerechtigkeiten ist das Ziel der entwicklungspolitischen Bildungs- und Aktionsarbeit. Ein wichtiges Lern- und Aktionsmodell ist dabei die Aktion Dritte-Welt-Handel, da sie exemplarisches Lernen und alternatives Wirtschaften verbindet. Diese Aktion versteht sich als ein Beitrag zu einem gerechten Handeln, gegen die internationale Verschuldung und für eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Das Südafrika-Projekt der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ), das durch eine enge Partnerschaft mit dem dortigen katholischen Schüler- und Studentenverband gekennzeichnet ist, zielt darauf ab, die menschenverachtende Ungerechtigkeit des Apartheidregimes in Südafrika hier im Bewußtsein zu halten, die Unterstützung der

Apartheid durch wichtige Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland anzuprangern und Schritte zur Veränderung einzufordern.

Frieden

Die Auseinandersetzung um Fragen des Wehrdienstes und die Ausgestaltung des Zivildienstes ist einer der Schwerpunkte der verbandlichen Aktivitäten z.B. in der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG). Der BDJ hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv mit den Chancen und Risiken des militärischen Prinzips der Abschreckung auseinandergesetzt und dabei festgestellt, daß das Risiko eines Festhaltens an der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen nicht tragbar und damit auch nicht mehr ethisch zu rechtfertigen ist. Der BDJ hat deshalb die Fortsetzung einer Politik der Abschreckung abgelehnt, deren Überwindung gefordert und den Aufbau einer weltweiten politischen Friedensordnung als vorrangig zu forderndes Ziel benannt. In diesem Sinne hat der BDJ die Verweigerung des Kriegsdienstes „als deutliches Zeichen des Friedens und der Gewaltlosigkeit“ und als eine Entscheidung bewertet, „um sich vom gegenwärtigen Abschreckungssystem zu distanzieren“ (Den Frieden fördern: Auftrag für jeden Christen - Pflichtdienste und Gewissensentscheidung).

Ebenso hat sich der BDJ für eine weltweite Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung eingesetzt sowie die Ausgestaltung des Zivildienstes als Friedensdienst gefordert. Daneben hat sich der BDJ für den Aufbau eines sozialen Dienstes für Frieden und Versöhnung eingesetzt. Frauen sollen nach Meinung des BDJ nicht zum Wehrdienst herangezogen werden.

Ein weiterer Beitrag zur Verwirklichung einer echten Versöhnung und Schaffung einer Friedensbereitschaft zwischen den Völkern sind die internationalen Begegnungen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit und die vielfältigen internationalen Kontakte und Verbindungen der Jugendverbände.

Bewahrung der Schöpfung

Aus christlicher Verantwortung für die Schöpfung sind in den Mitgliedsverbänden des BDJ in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Projekten zu Umweltthemen entstanden. Verschiedene Mitgliedsverbände, so z.B. Stämme der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG), engagieren sich im Schutz und der Pflege von Biotopen. Die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) war 1986 einer der Träger des 1. Deutschen Umwelttages in Würzburg. Die Katholische Junge Gemeinde (KJG) hat das Projekt „Arche Noah - eine Umweltaktion von Kindern in der KJG“ gestartet. Weiterhin treten der BDJ und seine Mitgliedsverbände in verbandlichen Aktionen und politischen Beschlüssen entschieden gegen den Weiterbau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf ein und fordern den Ausstieg aus der Kernenergie sowie eine grundlegende Neuorientierung der gesamten Energiepolitik. Diese Liste verbandlicher Aktivitäten ist keineswegs vollständig; sie benennt beispielhaft Aktionen auf den unterschiedlichen Ebenen der Mitgliedsverbände und des BDJ in den Themenfeldern des Konziliaren Prozesses. Die folgenden Vorschläge für weiteres verbandliches Engagement können auf diesen Aktivitäten aufbauen und sie weiterführen.

Handlungsperspektiven für den BDJ

Wenn im folgenden einige Kriterien für Aktionen und Projekte im BDKJ genannt werden, sind wir uns der besonderen Schwierigkeit bewußt, die in der Diskrepanz zwischen gesamtgesellschaftlichen Problemen und ihrer strukturellen Verursachung einerseits und den begrenzten Handlungsmöglichkeiten von Jugendlichen und Jugendverbänden andererseits begründet sind. Trotzdem bieten Jugendverbände besondere Möglichkeiten, die lokalen Aktivitäten der Gruppen im Rahmen der vorhandenen Struktur miteinander zu vernetzen und in den Prozeß der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft einzubringen. So bleibt keine Aktion nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sondern wird ein wichtiger Bestandteil eines globalen Engagements für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Für eine zukunftsweisende Jugendverbandsarbeit sind uns dabei folgende Kriterien wichtig:

- die Verbindung der Lebensbereiche gegen eine Parzellierung von Lebenswelten,
- die vorrangige Förderung von Mädchen und jungen Frauen gegen die Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen,
- die Ermöglichung solidarischen Lernens gegen Individualisierung und Vereinsamung,
- das Erlernen des Lebens mit der Natur gegen die weitere Ausbeutung der Schöpfung,
- die Orientierung an den Spuren der Geschichte gegen eine Verdrängung der Vergangenheit,
- die Verstärkung der ökumenischen Zusammenarbeit und die Ausweitung der Kooperation mit anderen Religionen,
- die Förderung politischer Willensbildungsprozesse gegen die Pädagogisierung aller Lebensbereiche,
- die Verwirklichung einer multikulturellen Gesellschaft gegen Ausländerfeindlichkeit und nationale Egoismen.

Diese Kriterien prägen in Ansätzen bereits viele der im vorigen Abschnitt genannten Projekte und Aktionen. Hier gilt es kontinuierlich fortzufahren und weitere Erfahrungen zu ermöglichen. Wir werden das nicht allein können. Es gibt vielfältige Interessen an der Aufrechterhaltung ungerechter Zustände. Deshalb brauchen wir das Gespräch und die Zusammenarbeit mit anderen und Anregungen für die Entwicklung unserer Positionen. Die Suche nach neuen HandlungspartnerInnen und die Weiterentwicklung bisheriger Kooperationen ist für die Zukunft dringend geboten. Dialog und gemeinsames Handeln auf allen Ebenen des Verbandes sind für uns zentrales Anliegen im Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Leitmotiv für die Arbeit der Jugendverbände ist dabei, in den Bereichen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gesellschaftliche Gegenentwürfe erlebbar und erfahrbar zu machen - auch wenn die Ansätze dazu noch unvollkommen sind. Möglichkeiten bieten z.B. thematisch ausgerichtete Ferienfreizeiten, die Einrichtung von Erzeuger-Verbraucher-Initiativen,

das Engagement in sogenannten Dritte-Welt- und Öko-Läden, die Unterstützung von Bio-Höfen etc.

Weiteres Umgehen mit der Plattform im Verband

Diese Plattform des BDKJ für den Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurde auf der Hauptversammlung im April 1989 verabschiedet. Genauso, wie der ökumenische Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nach der Weltversammlung im März 1990 in Seoul in den Kirchen weitergehen muß, soll auch die innerverbandliche Diskussion zu dieser Plattform nach dem Beschluß der Hauptversammlung weitergeführt werden.

Damit die Inhalte dieser Plattform auf allen Ebenen des Verbandes, in den Mitgliedsverbänden und in den regionalen Untergliederungen des BDKJ ausführlich diskutiert und bearbeitet werden können, wird ein Dialogpapier erarbeitet (Arbeitsgruppe - Beschluß Hauptausschuß). Dieses Dialogpapier dient der innerverbandlichen Ermutigung und Vergewisserung auf der einen Seite, andererseits dem Dialog mit außerverbandlichen Gruppen (Basisgruppen, evangelische Jugend etc.). Es soll Grundlage sein für gemeinsames Handeln und Aktionen im konziliaren Prozeß.

Das Dialogpapier muß entsprechend kurz und verständlich formuliert werden und ein einladendes und offenes Gesprächsangebot für unsere PartnerInnen darstellen.

Die Beschäftigung mit den Themen des konziliaren Prozesses geschieht in der Bildungsarbeit, in Aktionen und in der Interessensvertretung der verbandlichen Gruppen bzw. gemeinsam mit außerverbandlichen PartnerInnen.

Projekte, Modelle und Ergebnisse dieses Engagements werden anlässlich des Katholikentages 1990 in Berlin im größeren Rahmen der Öffentlichkeit vorgestellt. In einer Sonderinformation des Bundesvorstandes sollen schriftliche Diskussionsbeiträge und Aktionsbeispiele bekanntgemacht werden, um den Prozeß im Verband zu verbreitern.

Die Mitglieds- und Diözesanverbände verpflichten sich, diesen Diskussions- und Dialogprozeß in ihrem Verband anzuregen und entsprechende Informationen an ihre Gruppen weiterzugeben.

Bei der Studientagung mit der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) im November 1990 zum konziliaren Prozeß soll die Plattform als Diskussionsgrundlage eingebracht werden. Es ist die Aufgabe des Bundesvorstandes, die Positionen und Anfragen der Plattform insbesondere mit der aej-Leitung zu beraten und evtl. über die bisherigen Kooperationsformen hinaus (EPA, ökumenischer Arbeitskreis, gemeinsame Tagung) weitere Schritte im konziliaren Prozeß zu vereinbaren.

Zur Begleitung und Bündelung des beschriebenen Diskussions- und Dialogprozesses wählt die Hauptversammlung eine entsprechende Arbeitsgruppe. Diese Arbeitsgruppe organisiert die Weiterentwicklung der Plattform auf der Hauptversammlung des BDKJ 1990. Die Diskussionsergebnisse und Dialogbeiträge der Verbände auf den verschiedensten Ebenen sollen dabei in angemessener Form Eingang finden.

[Einstimmig angenommen]

